



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Jürgen Mistol, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Deutsches Museum – Außenstelle Nürnberg

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst schriftlich und mündlich über das vom Deutschen Museum mittlerweile eingereichte Konzept für eine Außenstelle des Museums in Nürnberg sowie den weiteren Fortgang der Planungen und der Durchführung zu berichten. Dabei soll insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Wie gestaltet sich das inhaltliche Konzept im Detail?
- Welche Rahmenbedingungen müssen von Seiten der Staatsregierung geschaffen werden, um eine optimale Durchführung des Konzepts zu gewährleisten?
- Mit welchen Folgekosten ist nach Investition der angekündigten 8 Millionen Euro Anschubfinanzierung zu rechnen?
- Auf welche Schultern sollen die entstehenden Folgekosten verteilt werden?
- Welche Standorte in Nürnberg befinden sich in der engeren Auswahl, wie weit sind die Verhandlungen fortgeschritten und wann werden sie zum Abschluss kommen?
- Wann soll die Außenstelle eröffnet werden?
- Auf welche Dauer ist die Außenstelle des Deutschen Museums angelegt?
- Welche Maßnahmen zur Integration der Außenstelle in die Nürnberger Museumslandschaft werden vollzogen werden?
- Auf welche Weise werden die Stadt Nürnberg und die ansässigen Museen in die Planungen einbezogen?

Begründung:

Die Nürnberger Museumslandschaft soll mit der Außenstelle des Deutschen Museums um einen Teil reicher werden. Jedoch stößt dieses Vorhaben nicht auf uneingeschränkte Zustimmung. Wie Presseberichten zu entnehmen ist, wäre gerade die städtische Museumsszene gerne früher in die Planungen involviert gewesen. Aufgrund der Ausrichtung des Deutschen Museums besteht die Befürchtung, dass es zu inhaltlichen Überschneidungen mit dem etablierten Museum Industriekultur kommen könnte und damit eine unerwünschte Konkurrenzsituation entstehen könnte. Derlei Zweifel und Befürchtungen können durch eine frühzeitige Einbindung des Entscheidungsträgers Landtag und der Öffentlichkeit zerstreut werden.